



Presseinformation

Nr. 191/2007

Kiel, Mittwoch, 13. Juni 2007

Innen/Recht/Europa/Datenschutz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Wolfgang Kubicki: Entscheidung des Bundestages zur Vorratsdatenspeicherung nicht nachvollziehbar

- „Armutszeugnis für die Großen Koalitionen in Berlin und Kiel“ -

Zur Entscheidung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, der Klage des Landtages Schleswig-Holstein gegen die EU-Kommission in Sachen Vorratsdatenspeicherung nicht beizutreten, sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Wolfgang Kubicki**:

„Die Abgeordneten der Großen Koalition in Berlin haben nach ihren Überzeugungen nun auch noch ihren Verstand verloren. Mit der heutigen Entscheidung, der Klage des Schleswig-Holsteinischen Landtages gegen die EU-Kommission in Sachen Vorratsdatenspeicherung nicht beizutreten, zeigen die Abgeordneten, dass sie nicht bereit und auch nicht in der Lage sind, ihre Grundrechte und damit auch die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gegen Eingriffe von außen zu verteidigen“, stellte Kubicki heute in Kiel fest.

„Offensichtlich sind die Parlamentarier von Union und SPD aus Schleswig-Holstein nicht in der Lage, sich in Berlin Gehör zu verschaffen. Es ist ein Armutszeugnis für die Große Koalition und ihre Abgeordneten auch hier im Lande“, meinte Kubicki abschließend.

www.fdp-sh.de